

Stadtproteste. Eine gegenhegemoniale Intervention in der neoliberalen Stadt?

Autorin: Petra Kolb

Zusammenfassung

Das Ziel des vorliegenden Beitrags ist es, die Ergebnisse der Masterarbeit „Stadtproteste als gegenhegemonialen Intervention in der neoliberalen Stadt“ zusammenzufassen. Der Fokus liegt auf einer Herausarbeitung der Forderungen der Hamburger ‚Recht auf Stadt‘ Bewegung, mit der Intention deren programmatische Struktur aufzuzeigen und diskursive Identität zu bestimmen. Dazu zählen auch Vorstellungen von Demokratie und Gesellschaft, abseits der Norm. Auf dieser Grundlage werden die Forderungen der Bewegung artikuliert. Die Untersuchung erfolgte durch Einbettung in aktuelle Konzepte von Stadt und Urbanisierung, vor einem radikaldemokratischen Hintergrund. Dazu wurden folgende Fragen untersucht: Wie gestaltet sich die diskursive Formation der ‚Recht auf Stadt‘ Bewegung in Hamburg nach dem Diskursanalysemodell der Essex School? Welche radikaldemokratischen Elemente werden durch diese Formation artikuliert und welches (gegen)hegemoniale gesellschaftliche Potential entfaltet diese Bewegung?

Um die Forschungsfrage zu beantworten, wurde die Methode der hegemonietheoretischen Diskursanalyse der Essex-School (1991) unter Weiterentwicklung von Oliver Marchart (2013) herangezogen. Mithilfe dieser wurde ein ausgewählter Textkorpus der ‚Recht auf Stadt‘ Bewegung aus dem Zeitraum 2017-2021 analysiert. Dadurch konnte die diskursive Identität der Protestbewegung und deren Anordnung im politischen Raum bestimmt werden. Notwendig dafür waren die Identifikation des leeren Signifikanten, welcher dem negatorischen Außen gegenübersteht, sowie die Forderungsstrukturen, Subjektivierungsstrukturen und Kontraritätsstrukturen innerhalb des Diskurses. Mithilfe derer konnten antagonistische und protagonistische Äquivalenzketten innerhalb des Diskurses identifiziert werden.

Die Diskursanalyse zeigt die Formation der Protestbewegung und deren Forderungen auf, welche als Reaktion auf die Dislozierungserfahrung des ‚verstädterten globalisierten Kapitalismus‘ und ‚neoliberaler Stadtpolitiken‘ entwickelt worden sind. Den leeren Signifikanten des Diskurses stellt die Forderung ‚Recht auf Stadt‘ dar. Dieser repräsentiert

sämtliche Forderungen des Diskurses, welche um die Bereiche Wohnpolitik, Stadtplanung und demokratische Rechte formiert wurden. Die Forderungen entstanden in Abgrenzung zum Signifikanten des Mangels. Durch die potenzielle Offenheit der Äquivalenzkette konnten in diese ökologische, soziale und anti- kapitalistische Forderungen eingereiht werden. In der identitären Ausrichtung und relationalen Positionierung grenzt sich die Bewegung stark von der hegemonialen Ausrichtung der neoliberalen Stadtentwicklung Hamburgs ab. Der Signifikant ‚Recht auf Stadt‘ zeichnet sich durch Uneindeutigkeit und Anschlussfähigkeit für andere politische Inhalte aus und könnte selbst unmöglich ohne dem negatorischen Außen in Form des ‚verstärkten globalisierten Kapitalismus‘ existieren.

Durch den Slogan „*Wohnen für Menschen statt für Profite*“ (HAD, 2020) wird der Kern des Diskurses anhand einer Kontraritätsstruktur verdeutlicht. Als Reaktion auf das Phänomen der Dislozierung in Form der Profitmaximierung im Wohnbereich entsteht die Forderung nach Wohnen für Menschen. Diese Forderung entsteht in Reaktion auf den aktuellen Mangelzustand und trägt zu dessen Behebung bei. Entlang dieses Claims werden unterschiedliche Forderungen, wie der Zugang zu städtischen Ressourcen, einer kollektiven Selbstorganisation, das Recht auf Unterschiedlichkeit, faire Löhne und die Forderung nach einer gerechten Stadtplanung in die protagonistische Äquivalenzkette eingereiht und unter dem Signifikanten ‚Recht auf Stadt‘ zusammengehalten.

Innerhalb des Diskurses werden zahlreiche Forderungen artikuliert, welche auf eine Vertiefung demokratischer Rechte abzielen. Hinsichtlich der radikaldemokratischen Elemente innerhalb des Diskurses konnte die Handlungsmacht der Bürger*innen in Bezug auf die Selbstgestaltung der Stadt identifiziert werden. Durch kollektive Selbstorganisation erfolgt ein Appell an die Handlungsmacht des Populus hinsichtlich einer Ausweitung demokratischer Rechte. Die Anerkennung des Konfliktpotentials des Politischen ruft die Bewegung zum Widerstand gegen bestehende Verhältnisse auf. Die wiederholte Anrufung des Subjekts zum Widerstand erfolgt im Kollektiv, wobei Partizipation und Mitbestimmung ins Zentrum gerückt werden, um Stadtplanungsprozesse an die Bedürfnisse der Bewohner*innen anzupassen.

Die Ergebnisse zeigen, wie die Hamburger ‚Recht auf Stadt‘ Bewegung die aktuelle Ordnung der neoliberalen Stadtplanung infrage stellt und durch ihr programmatisches Profil einen Gegenentwurf zur etablierten hegemonialen Ordnung konstituiert. Auf Basis der Artikulation verschiedener radikaldemokratischer und stadtpolitischer Forderungen werden alternative

Modelle im Bereich der Stadtplanung aufgezeigt. Dies geschieht mit dem Ziel, einer gerechten Stadt und dem Recht auf Stadt für Alle einen Schritt näher zu kommen.

Einleitung

Da städtische Protestbewegungen in den vergangenen Jahren auf globaler Ebene stark zugenommen haben (Gestring/Ruhne/Wehrheim, 2014), ist die Auseinandersetzung aus demokratiepolitischer Perspektive unerlässlich. Die Forderungen städtischer Protestbewegungen beziehen sich auf grundlegende soziale Bedürfnisse, wie leistbaren Wohnraum und stellen sich gegen eine fortschreitende Neoliberalisierung und Prekarisierung sämtlicher gesellschaftlicher Bereiche (Gebhardt/Holm, 2011, S. 7). Die Fallauswahl der ‚Recht auf Stadt‘ Bewegung in Hamburg kann durch die Orientierung der Stadtpolitik seit den 1980ern an unternehmerischen Strategien begründet werden. Dies äußerte sich unter anderem durch Gentrifizierungsprozesse, welche durch die marktgesteuerte Stadtentwicklung beschleunigt wurden (Rinn, 2016, S. 19). Zudem wurden neoliberale Entwicklungen im Bereich der Stadtpolitik gezielt durch eine Vermarktung der Stadt selbst als „Marke Hamburg“ (Amenda, 2020) vorangetrieben. Diese neoliberalen Veränderungen in der Stadt bieten zugleich Raum für die Entstehung aktivistischer und partizipatorischer Bewegungen. Eine Reaktion auf die neoliberale Stadtentwicklung in Hamburg ist die Entstehung aktivistischer Protestbewegungen, welche diese Tendenzen bekämpfen. Auch die ‚Recht auf Stadt‘ Bewegung kann als Reaktion auf die Leitlinien der Stadtpolitik und Transformationen auf globaler Ebene interpretiert werden (Rinn, 2016, S. 19). Die veränderte Bedeutung von leistbarem Wohnraum für Stadtbewohner*innen spielt eine grundlegende Rolle in dieser Arbeit und damit einhergehend eine Kritik der Betrachtungsweise von Wohnraum als Ware. Die hegemoniale Vorstellung Wohnraum als Investitionsgut zu betrachten, wird von der Bewegung kritisiert. Davon ausgehend stellt die Forderung Wohnraum für Menschen zu schaffen, ein zentrales Ziel der Bewegung dar.

Ergebnisse der Diskursanalyse

Subjektkategorien

In der Analyse wird mit den auftretenden Absender*innen innerhalb des Diskurses begonnen. Dazu zählen: Aktionsbündnis gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn (HAD, 2020) und der Sprecher*innenrat des Recht auf Stadt Netzwerks (GRAS, 2020). Einzelne Personen treten nicht als Absender*innen innerhalb des Diskurses auf, sondern nur kollektive Gruppierungen.

Insgesamt fällt bei der Analyse auf, dass weitere Absender*innen innerhalb des Diskurses selten sind, dies kann auf die grundlegende Initiierung des Diskurses von der ‚Recht auf Stadt‘ Bewegung zurückgeführt werden, welche als Initiator den Diskurs maßgeblich mitkonstruiert. Auffallend gleich zu Beginn ist besonders der Aufruf zum Housing Action Day 2020 „*Kämpft mit uns und organisiert euch!*“ (HAD, 2020). Hierbei wird ähnlich wie im Aufruf des Kommunistischen Manifests „*Proletarier aller Länder, vereinigt euch!*“ (Marx/Engels, 1945) ein imaginäres kollektives Subjekt angerufen. Durch den Aufruf zur Mobilisierung soll sich dieses selbst als Subjekt erkennen und dadurch seiner eigenen Handlungsfähigkeit bewusst werden. Der Aufruf im Sinne Althusers (1977) beinhaltet ebenfalls ein Momentum zur kollektiven Organisation und zum gemeinsamen Kampf, welcher in diesem Fall durch Protest ausgetragen wird. Auf Basis der Subjektivierung und Anerkennung der eigenen Agency sollen die angesprochenen Subjekte die Entscheidung treffen, den Aufruf zum Protest anzunehmen oder abzulehnen. Der Aufruf verdeutlicht den kämpferisch mobilisierenden Stil, welcher im gesamten Diskurs auftaucht, und lädt Subjekte ein, sich in eine Bewegungsallianz einzureihen.

Forderungskategorien

Anhand des Textkorpus wurden verschiedene Forderungen der Bewegung identifiziert und in weiterer Folge in Forderungskategorien unterteilt. Die Forderungen werden vor dem Hintergrund der hegemonialen neoliberalen Ausrichtung der Hamburger Stadtpolitik artikuliert. Die Forderungen reagieren auf eine Dislozierungserfahrung, die von der Bewegung diskursiv als Reaktion auf eine Mangelerfahrung artikuliert wird (Marchart, 2013, S. 178). Als Signifikant des Mangels, dem die Forderungen entgegengestellt werden, stellt sich in diesem Fall der ‚verstädterte globalisierte Kapitalismus‘ dar, welcher sich durch den Fokus auf Gewinnmaximierung im Bereich der Stadtentwicklung auszeichnet. Dies wiederum resultiert aus fehlender Teilhabe von Bürger*innen in der Stadtpolitik und einer ungerechten Wohnpolitik von der besonders nicht-privilegierte Bevölkerungsschichten betroffen sind. Anhand der Forderungen entwickelt die ‚Recht auf Stadt‘ Bewegung ein programmatisches Profil, in der die artikulierten Forderungsstruktur als Antwort auf den Mangel-Signifikant präsentiert wird. Der Fokus der Forderungen liegt auf den partikularen Bedürfnissen der Bewegung mit dem Ziel eine unmittelbare Veränderung der Wohnsituation herbeizuführen, im Mittelpunkt stehen hierbei die Forderungen nach leistbaren Wohn- und Mietpreisen und Mitgestaltung im Bereich der Stadtplanung. Die Forderungen selbst konnten in folgende

Kategorien unterteilt werden: Politische, soziale, anti-kapitalistische, partizipativ-kollektive und radikaldemokratische.

Protagonistische Äquivalenzkette

Die Forderungen werden als Reaktion, auf die Dislozierungserfahrung des verstädterten globalisierten Kapitalismus artikuliert. Mit dem Statement „*Denn das Recht auf Stadt ist eine radikal andere Antwort auf diese Krise*“ (RAS, 2017) wird diskursiv eine Lösung für die aktuelle Krise des verstädterten globalen Kapitalismus artikuliert. Durch die Forderungen wird Kritik an herrschenden Verhältnissen geäußert und neue Perspektiven formuliert. Die Forderungen konstituieren die programmatische Grundstruktur der Bewegung und werden durch den leeren Signifikanten ‚Recht auf Stadt‘ zusammengehalten. Anhand der Forderungen wird ein gegenhegemoniales Projekt entwickelt, das eine Alternative zur herrschenden Ordnung darstellt. Dieses wird durch folgende protagonistische Äquivalenzkette dargestellt.



Abbildung 1: Protagonistische Äquivalenzkette (eigene Darstellung, 2022)

Die hier veranschaulichte protagonistische Äquivalenzkette wird um den leeren Signifikanten Recht auf Stadt formiert¹. Unter diesem werden zahlreiche Forderungen artikuliert, die außerhalb dieses Diskurses nicht miteinander in Verbindung stehen. Durch den leeren Signifikanten wird die Fluidität der Signifikation angehalten und die Bedeutung

¹ Aus Gründen der Visualisierung wird die Kette um den leeren Signifikanten Recht auf Stadt kreisförmig dargestellt.

vorübergehend fixiert. Die Forderungen selbst gehen über bloße Rechte in Bezug auf die Stadtplanung hinaus, da auch demokratiepolitische Forderungen hinsichtlich einer Vertiefung demokratischer Rechten artikuliert werden. Zusätzlich dazu wird das Element der Fairen Löhne, welches dem Diskurs der Prekarisierung entstammt unter dem Signifikant ‚Recht auf Stadt‘ sowie Elemente aus dem Ökologiediskurs gemeinsam artikuliert. Unter dem Signifikanten ‚Recht auf Stadt‘ befinden sich auch Forderungen aus dem anti-kapitalistischen Bereich, wie der neuen Vergesellschaftung und die Forderung nach einer kollektiven Selbstorganisation. Die Forderung hinsichtlich der gerechten Stadtplanung entspricht eher dem Signifikanten des RAS, als bereits erwähnte diskursive Elemente, die unter dem Signifikanten vereint werden. Aus dem Bereich der Wohnpolitik besteht die Forderung nach leistbarem Wohnraum, wobei diese mit Wohnraum für Menschen gleichgesetzt werden

Der leere Signifikant

Innerhalb des Diskurses konnte die Forderung ‚Recht auf Stadt‘ als leerer Signifikant identifiziert werden, der die universelle Funktion übernimmt und unterschiedliche partikulare Positionen vereinheitlicht. Er übernimmt einerseits die Rolle eines partikularen Signifikanten aus der Kette und repräsentiert gleichzeitig in seiner universellen Funktion sämtliche partikulare Ansprüche.

Der Slogan ‚Recht auf Stadt‘ repräsentiert innerhalb des Diskurses eine Vielzahl von unterschiedlichen Forderungen und Ansprüchen. Zudem fungiert ‚Recht auf Stadt‘ als Versprechen *„auf eine Welt, die sich Menschen jenseits von Nation, Geschlecht, Religion und Kapital aneignen und neu erfinden“* (RAS, 2017). Der leere Signifikant steht auch für eine Neuerfindung der Welt jenseits jeglicher kapitalistischer Normierungen. Der Signifikant ‚Recht auf Stadt‘ vereinigt sämtliche politische, ökonomische und soziale Forderungen innerhalb des Diskurses und generiert durch seine partikulare Entleerung eine Anschlussfähigkeit für weitere Themenfelder.

Politische Forderungen wie bezahlbarer Wohnraum, die Ausweitung (radikal-) demokratischer Rechte (Teilhabe und Partizipation), kollektive Selbstorganisation, eine demokratische Stadtplanung werden unter dem leeren Signifikanten gemeinsam artikuliert. Der leere Signifikant repräsentiert ebenfalls anti-kapitalistische Forderungen, wie zum Beispiel die Forderung nach der Vergesellschaftung von Grund und Boden. Innerhalb dessen werden anti-kapitalistische Kämpfe wie Kämpfe gegen Privatisierungen und

Kommerzialisierung von Raum mitgetragen und für die gesellschaftliche Aneignung von Raum, verbunden mit der Ausschließung des Marktes, gekämpft.

Zugleich werden soziale Forderungen wie die Anhebung der Löhne im Gesundheitsbereich, die Errichtung von Jugendzentren oder die Einrichtung einer Mietenpause für sechs Monate im Zuge der Corona Pandemie artikuliert. Forderungen nach gleichen Zugängen zu Wohnen, Bildung, Einkommen und Gesundheitsversorgung werden geäußert, sowie die Forderung nach einer solidarischen Umverteilung von Vermögen in Deutschland. Das ‚Recht auf Stadt‘ ist „für alle Bewohner*innen – ob mit oder ohne Papiere“ (Üu/A, 2021), die herrschende hegemoniale Unterscheidung zwischen Staatsbürger*innen, Nicht-Staatsbürger*innen und Personen ohne amtliche Papiere wird innerhalb des Diskurses aufgehoben. Denn das ‚Recht auf Stadt‘ steht auch „für Unterschiedlichkeit, Kosmopolitismus und Zentralität“ (RAS, 2021). Besonders Städte zeichnen sich durch multikulturelle Gesellschaften aus. Mithilfe des leeren Signifikanten wird auch die globale Dimension der Stadtkämpfe für Wohnraum und Teilhabe, gegen Gentrifizierung, Segregation und Unterdrückungsverhältnisse artikuliert. Auch Forderungen nach einer radikaleren Demokratie wie eine stärkere Bürger*innenbeteiligung, Teilhabe und partizipative Elemente werden durch den leeren Signifikanten repräsentiert. Somit steht dieser auch für eine Vertiefung bereits bestehender demokratischer Prozesse.

Der leere Signifikant trägt auch mietrechtliche Forderungen wie den Stopp von Räumungsklagen sowie Moratorien für Zahlungen mit. Dazu gehört die Einführung eines Mietendeckels und ein Stopp von Mieterhöhungen. Der Slogan „*Wohnen für Menschen*“ (HAD, 2020), der häufig im Diskurs auftaucht und die partikulare Forderung nach leistbarem Wohnen, wird ebenfalls repräsentiert. Der Wunsch nach einer finanziellen Absicherung in Form von Solidarfonds und einem Bedingungslosen Grundeinkommen taucht auf, denn Bürger*innen haben „*das Recht auf eine Stadt, in der alle gut und sicher wohnen können*“ (HAD, 2020). Die Forderung nach leistbarem Wohnraum wird im Diskurs mit Forderungen nach ökonomischer und sozialer Sicherheit verknüpft und durch den leeren Signifikanten repräsentiert. ‚Recht auf Stadt‘ steht für eine grundlegende gesellschaftliche Transformation insbesondere in Bezug auf kapitalistische Eigentumsverhältnisse aber auch im Bereich der Stadtpolitik. Soziale Forderungen hinsichtlich ökonomischer Sicherheiten werden mit politischen Forderungen hinsichtlich radikalerer Mitbestimmung verknüpft und vom leeren Signifikanten repräsentiert.

Zuletzt wird auf die Dimension des Signifikanten aufmerksam gemacht, denn „*Das Recht auf Stadt ist unteilbar. Es gilt für alle*“ (RAS, 2017). Die unteilbare Dimension des ‚Recht auf Stadt‘ zieht sich durch den gesamten Diskurs, durch fehlende Exklusion soll dieses für **Alle** offenstehen. Die inklusive gesellschaftliche Komponente des ‚Recht auf Stadt‘ wird durchgehend betont, dieses Recht ist somit als gemeinschaftliches – für die gesamte Gesellschaft – geltendes Recht zu betrachten.

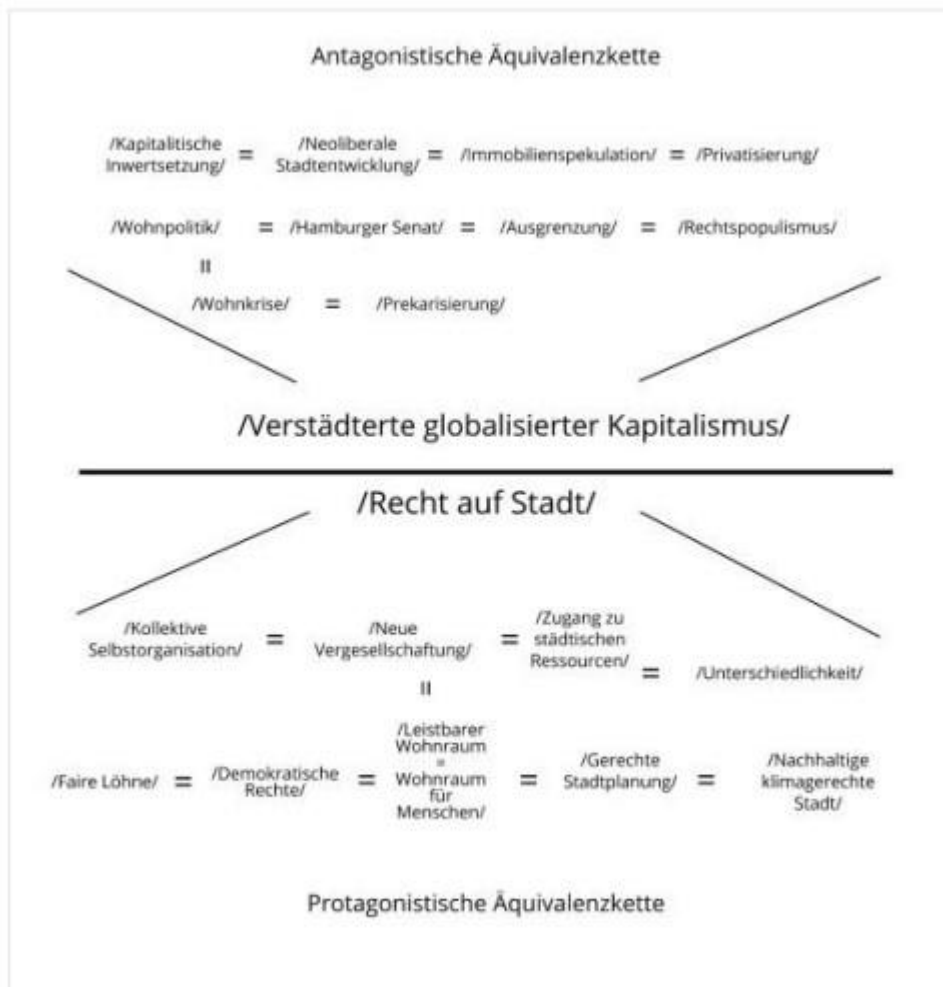


Abbildung 2: Idealtypische Darstellung des Diskurses (eigene Darstellung, 2022)

In dieser Grafik wird der gesamte Diskurs der ‚Recht auf Stadt‘ Bewegung idealtypisch dargestellt. Am oberen Pol werden alle jene Signifikanten zusammengezogen, die der Verwirklichung des ‚Recht auf Stadt‘ entgegenstehen. Die negativen Elemente als Teil der antagonistischen Äquivalenzkette stehen im Widerspruch zum ‚Recht auf Stadt‘ und dienen dazu den gesellschaftlichen Mangel, die Erfahrung der Krise, zu repräsentieren. Zugleich schafft es die antagonistische ÄK vom Ort des ‚negativen Außens‘ die protagonistische Kette zu stabilisieren. Am entgegengesetzten Pol werden all jene Signifikanten zusammengezogen,

welche im Diskurs positiv besetzte Elemente sind. Die artikulierten Elemente werden vom leeren Signifikanten ‚Recht auf Stadt‘ repräsentiert. In der protagonistischen ÄK wurden Diskurselemente aus verschiedenen Bereichen (Wohnen, Ökologie, Demokratie etc.) in Abgrenzung zum Signifikanten des Mangels ‚verstädterter globalisierter Kapitalismus‘ miteinander verknüpft. Somit beinhaltet die Kette Elemente, welche außerhalb dieses Diskurses nicht miteinander in Verbindung stehen würden. Innerhalb des Diskurses wird der ‚verstädterte globalisierte Kapitalismus‘ als hegemoniale Formation dargestellt. In Abgrenzung zu diesem formieren sich die Elemente der protagonistischen Kette als gegenhegemoniales Projekt. Vereinheitlicht werden die Elemente der protagonistischen Kette durch den leeren Signifikanten ‚Recht auf Stadt‘. Durch die Repräsentationsfunktion entleert sich der Signifikant so weit, dass er seine Bedeutung verliert, zugleich schafft er es, durch die Vereinheitlichung Bedeutung zu fixieren.

Ein gegenhegemoniales Projekt?

Die ‚Recht auf Stadt‘ Bewegung Hamburgs versteht sich als ein Netzwerk aus Hamburger Initiativen, die sich für eine neue demokratische Stadtplanung einsetzen, in deren Mittelpunkt leistbare Wohnpolitik und die Entkommerzialisierung des öffentlichen Raumes steht. Die Initiative setzt sich für das ‚Recht auf Stadt‘ für alle Bewohner*innen ein, ungeachtet des Aufenthaltsstatus von Personen. Im Anschluss an die Hegemoniekonzeption von Laclau und Mouffe, kann die Transformation zur neoliberalen Stadt mittlerweile als etablierte hegemoniale Ordnung betrachtet werden. Jede hegemoniale Ordnung basiert auf Ausschlüssen anderer Möglichkeiten, dies kann am Beispiel der Public Private Partnerships verdeutlicht werden. Diese konnten sich durch die Annahme des TINA-Credo der Staaten durchsetzen. In der hegemonialen Ordnung ist eine eigenständige Finanzierung der Stadtentwicklung durch den Staat im Bereich der Stadtplanung ausgeschlossen, da diesem Finanzierungsmöglichkeiten fehlt. Durch diese Annahme wird die Agency des Öffentlichen beschnitten und an private Akteur*innen abgegeben. Das Recht auf Stadt-Netzwerk stellt in diesem Sinne eine Bewegung dar, welche durch antihegemoniale Praktiken (Mouffe, 2016b) die aktuelle Ordnung infrage stellt, indem der Versuch unternommen wird durch gegenhegemoniale Praktiken eine neue Form der Hegemonie zu installieren. Die ‚Recht auf Stadt‘ Bewegung grenzt sich durch die identitäre Ausrichtung ihrer Forderungen und Subjektivierungen stark von der hegemonialen neoliberalen Stadtplanung der Stadt Hamburg ab. Entlang der Äquivalenzkette entstehen Verknüpfungen und Anschlusspunkte für andere

politische Felder. Das Ziel der Bewegung ist es verschiedene stadtpolitische und demokratische Forderungen zu artikulieren und durchzusetzen. Thematisch sind diese um das Feld des leistbaren Wohnraums konstituiert und werden mit Forderungen nach einer gerechten Stadtplanung, der Ausweitung demokratischer Rechte, dem Zugang zu städtischen Ressourcen und einer umfassenden Transformation gesellschaftlicher Verhältnisse verknüpft. Durch das Offenhalten von Äquivalenzketten entsteht eine Anschlussfähigkeit für andere Protestfelder. Ein Charakteristikum der Bewegung sind ihre anti-kapitalistischen und radikaldemokratischen Implikationen und die Forderung nach einer vertiefenden Demokratisierung im Bereich des Städtischen. Durch konzeptionelle Überlegungen im Bereich der Stadtplanung und der Bedeutungsproduktion von alltäglichen Praxen im Sinne Gramscis zielt das Netzwerk auf eine Demokratisierung der Demokratie ab. Die Bewohner*innen sollen durch ihre Agency an institutionalisierten Entscheidungsprozessen teilnehmen können, dies soll durch vertiefende Partizipation und die Ausweitung demokratischer Rechte ermöglicht werden.

Conclusio

In diesem Beitrag wurde die ‚Recht auf Stadt‘ Bewegung in Hamburg mithilfe der hegemoniethoretischen Diskursanalyse untersucht. Die Betrachtung der ‚Recht auf Stadt‘ Bewegung geschieht vor einem radikaldemokratischen Hintergrund.

Die diskursive Formation der ‚Recht auf Stadt‘ Bewegung entsteht in Abgrenzung zu einem verstädterten globalisierten Kapitalismus und zur neoliberalen Stadtentwicklung. Der leere Signifikant ‚Recht auf Stadt‘ des Diskurses repräsentiert sämtliche Forderungen, welche um die Bereiche Wohnpolitik, Stadtplanung und demokratische Rechte formiert werden. Die Forderungen werden entlang einer Äquivalenzkette in Abgrenzung zum Signifikanten des Mangels artikuliert. Durch die potenzielle Offenheit der Äquivalenzkette können in diese anti-kapitalistische, soziale und ökologische Forderungen eingereiht werden. Durch ihre identitäre Ausrichtung der Forderungen und der Subjektivierungen grenzt sich die Bewegung stark von der hegemonialen Ausrichtung der Stadtentwicklung Hamburgs ab. Mit der Forderung ‚Recht auf Stadt‘ gelingt es innerhalb des Diskurses einen hinreichend entleerten Signifikanten zu entwickeln, der die Fluidität vorübergehend anhält und dadurch Bedeutung fixiert. Der Signifikant ‚Recht auf Stadt‘ zeichnet sich zum einem durch Nichteindeutigkeit und zum anderen durch Anschlussfähigkeit für andere Politikfelder aus. Die diskursive Produktivität

des Signifikanten ‚Recht auf Stadt‘ könnte unmöglich ohne den verstärkten globalisierten Kapitalismus und der neoliberalen Stadtentwicklung existieren.

Der Kern des Diskurses findet sich im Slogan „*Wohnen für Menschen, statt für Profite!*“ (HAD, 2020) verdichtet wieder und bringt damit die Kontraritätsstruktur des Diskurses auf den Punkt. In Abgrenzung zur Logik der Profitmaximierung im Bereich des Wohnens wird die Forderung nach leistbarem Wohnraum diskursiv artikuliert. Entlang dieses Claim werden die Forderungen nach einer gerechten Stadtplanung, einer kollektiven Selbstorganisation, den Zugang zu städtischen Ressourcen und das Recht auf Unterschiedlichkeit und faire Löhne in die protagonistische Äquivalenzkette eingereiht, die vom leeren Signifikanten ‚Recht auf Stadt‘ zusammengehalten werden.

Folgende radikaldemokratische Elemente konnten innerhalb des Diskurses, welche einen Ausweg aus der aktuellen Krise des globalisierten Kapitalismus bieten sollen, identifiziert werden. Durch den Appell „*Wir machen die Stadt selbst!*“ (RAS, 2017) wird nicht nach der Rückgabe der Agency gefragt, sondern diese ergriffen. Die Handlungsmacht liegt demnach innerhalb des Populus, um die Planung der Stadt den Bewohner*innen selbst zu überlassen. Durch kollektive Selbstorganisation wird an die Handlungsmacht der Bewohner*innen appelliert, die der Vielen innerhalb des demokratischen Rahmens. Diese Forderung zielt auf eine Ausweitung demokratischer Rechte ab, welche durch Auseinandersetzungen erkämpft werden muss. Das Konfliktpotential des Politischen wird anerkannt und ausgetragen, indem zum Widerstand gegen bestehende Verhältnisse aufgerufen wird. Durch den Ausruf „*Kämpft mit uns und organisiert euch!*“ (HAD, 2020) wird ein kollektives Subjekt angerufen. Aktive Partizipation und Beteiligung steht im Mittelpunkt des Stadtplanungsprozesses der Bewegung, um die Stadt an die Bedürfnisse der Bewohner*innen anzupassen. Innerhalb des Diskurses steht das Gemeinsame, also die Forderung hinsichtlich einer Stadt für Alle im Vordergrund, um Exklusionsmechanismen entgegenzuwirken.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die ‚Recht auf Stadt‘ Bewegung die aktuelle Ordnung der neoliberalen Stadtplanung infrage stellt und entlang ihres programmatischen Profils einen *Gegenentwurf* zur etablierten hegemonialen Ordnung konstituiert. Durch die Artikulation verschiedener stadtpolitischer und radikaldemokratischer Forderungen werden alternative Modelle im Bereich der Stadtplanung aufgezeigt, um der Verwirklichung einer gerechten Stadt näher zu kommen. Denn das Recht auf Stadt ist unteilbar – und gilt für Alle.

Literaturverzeichnis:

- Althusser, Louis (1977): Ideologie und ideologische Staatsapparate. Aufsätze zur marxistischen Theorie. Hamburg/Berlin: VSA.
- Amenda, Lars (2020): Marke Hamburg. Geschichte der Werbung für die Stadt. Hamburg: Junius Verlag.
- Gebhardt, Dirk/ Holm, Andrej (2011): Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen. Hamburg: VSA.
- Gestring, Norbert/ Ruhne, Renate/ Wehrheim, Jan (2014): Stadt und Soziale Bewegungen. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (1991): Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus. Wien: Passagen Verlag.
- Lahusen, Christian (2012): Soziale Bewegungen. In: Mau, Steffen/ Schöneck, Nadine M. (Hrsg.): Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands. Wiesbaden: Springer VS, S. 717-729.
- Marchart, Oliver (2013): Die Prekarisierungsgesellschaft. Bielefeld: transcript Verlag.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1945): Das kommunistische Manifest. Wien: Sozialistischer Verlag.
- Mouffe, Chantal (2016a): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Mouffe, Chantal (2016b): Agonistik. Die Welt politisch denken. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Rinn, Moritz (2016): Konflikte um die Stadt für alle. Das Machtfeld der Stadtentwicklungspolitik in Hamburg. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Recht auf Stadt Netzwerk Hamburg (2017): Recht auf Stadt / Netzwerk Hamburg / Programmatische Grundlage (RAS).
- Recht auf Stadt Netzwerk Hamburg (2020): Housing Action Day (HAD).